

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 12. Mai 2026 - Nr. 109/20 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

## Wegner will Demos leichter untersagen

BERLIN. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU), will nach der Abgeordnetenhauswahl im September erreichen, dass Demonstrationen leichter untersagt werden können. „Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, die SPD findet aktuell nicht die Kraft dazu“, sagte Wegner der F.A.Z. Wenn bei Versammlungen Gewalt drohe, müsse es für die Behörden einfacher werden, Demonstrationen zu untersagen. Seine derzeit geringen Zustimmungswerte führt Wegner unter anderem auf eigene Fehler in der Kommunikation zurück. „Der Start in dieses Jahr, Stichwort Stromausfall, und die Fehler, die ich in der Kommunikation gemacht habe, waren mit Sicherheit nicht hilfreich“, sagte er. Mit Blick auf die AfD sprach sich Wegner für einen anderen Umgang der CDU mit der Partei aus. Bisher praktiziert die Berliner CDU einen strikten parlamentarischen Ausgrenzungskurs gegenüber der AfD. In den vergangenen Jahren habe die bisherige Strategie aber nicht den Erfolg gebracht, den sich alle erhofften, so Wegner: „Es ist nicht schlau, einfach so weiterzumachen.“ Eine inhaltliche Zusammenarbeit oder die Bildung einer Koalition mit der AfD lehnt Wegner allerdings ab. (Siehe Seite 4.) *pca/stk.*



Gemeinsame Projekte: Die Verteidigungsminister Mychajlo Fedorow und Boris Pistorius am Montag in Kiew

Foto dpa

## Berlin und Kiew wollen gemeinsam Langstreckendrohnen produzieren

Pistorius: Flugabwehr des Gegners durch massiven Einsatz überwinden

KIEW/WARSCHAU/BRÜSSEL. Deutschland und die Ukraine wollen gemeinsam Drohnen mit einer Reichweite von bis zu 1500 Kilometern produzieren. Berlin setze im Bereich unbemannter Systeme auf Gemeinschaftsunternehmen zwischen deutschen und ukrainischen Unternehmen, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bei einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Mychajlo Fedorow am Montag in Kiew. „Dies gilt natürlich insbesondere für die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Drohnen mit unterschiedlichen Flugreichweiten, von weniger als 100 Kilometern bis zu 1500 Kilometern“, sagte Pistorius. Die Entwicklung von Langstreckendrohnen sei von großer Bedeutung. Sie könnten bei einem massiven Einsatz die Flugabwehr des Gegners erfolgreich überwinden und so überlasten, sagte der SPD-Politiker weiter. „Dies ist eine Mög-

lichkeit, an der wir auch innerhalb der NATO sehr intensiv arbeiten.“

Pistorius war am Montagmorgen in der ukrainischen Hauptstadt eingetroffen, um die Zusammenarbeit mit Kiew im Verteidigungssektor zu stärken. Der Minister sagte Kiew zu, ukrainische Soldaten in Deutschland weiterhin auszubilden – „auch für die Zeit nach einem Waffenstillstand“. Dies sei „einer von mehreren Bestandteilen möglicher europäischer Sicherheitsgarantien“.

In Lettland trat am Sonntagabend Verteidigungsminister Andris Sprüds zurück, nachdem bereits mehrfach Drohnen den Luftraum des Landes verletzt hatten. Er übernahm damit die politische Verantwortung für einen Vorfall vom Donnerstag, als mehrere von Russland abgelenkte und mit Sprengstoff beladene ukrainische Drohnen über die lettische Grenze geflogen waren. Zwei davon stürzten in

ein Öllager nahe der Kleinstadt Rēzekne und beschädigten zwei leere Tanks. Lettlands Ministerpräsidentin Evika Siliņa hatte daraufhin Sprüds Rücktritt gefordert. Die schwierige sicherheitspolitische Lage und die Suche nach einem Nachfolger erweisen sich für die seit Herbst 2023 regierende linksliberal-konservative Regierung als schwere Belastungsprobe.

Indes äußerte sich die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas skeptisch über den Vorschlag von Russlands Herrscher Wladimir Putin, den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) als Vermittler im Ukrainekrieg einzusetzen. Angesichts seiner Vergangenheit als Lobbyist für russische Staatsunternehmen würde Schröder „auf beiden Seiten des Verhandlungstisches“ sitzen. Auch in der Bundesregierung war Putins Vorschlag auf Ablehnung gestoßen. (Siehe Seiten 2 und 3.) *ogl./lock./T.G.*

## Ärztepräsident fordert mehr Geld vom Bund

Reinhardt nennt Zuschuss von 250 Millionen einen „Witz“ / Ärztetag in Hannover

BERLIN. Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, hat den Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) zur Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge kritisiert und zugleich einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Vor Beginn des Deutschen Ärztetags an diesem Dienstag in Hannover bezeichnete Reinhardt die bisherige Zahlungsbereitschaft von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) für die Gesundheitskosten von Bürgergeldempfängern als „Affront“.

Statt zwölf Milliarden Euro, die nötig seien, wolle der Vizekanzler nur einen Bruchteil davon zahlen, kritisierte der Ärztepräsident im Gespräch mit der F.A.Z.: „Die 250 Millionen, die der Minister bisher anbietet, sind ein Witz, zumal er zugleich den normalen Bundeszuschuss um zwei Milliarden Euro

kürzt.“ Um die angespannte Haushaltslage zu berücksichtigen, schlug Reinhardt vor, der Bund solle im Jahr 2027 zunächst drei Milliarden Euro bereitstellen. Die Grundsicherung sei „glas klar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Es sei „unverantwortlich“, diese auf Beitragszahler und Leistungserbringer abzuwälzen.

Die Ärzteschaft sei zum Sparen bereit, die Einschnitte müssten aber „gut begründet und ausgewogen sein“, sagte Reinhardt. Der Ärztepräsident warnte, die Politik müsse „ehrlich sagen, dass die Reformen negative Auswirkungen haben können, etwa längere Wartezeiten oder weniger Zeit für ärztliche Gespräche“. Er schlug einen unabhängigen „Versorgungs-TÜV“ vor, ein Prüfungsgremium also, das jeden gesundheitspolitischen Gesetzentwurf auf Wartezeiten für Patienten,

Personalbelastung und regionale Versorgungssicherheit abklopfen solle. Reinhardt appellierte an den Bundestag, diese Gesetzesfolgenabschätzung bereits im laufenden Gesetz zu verankern. Persönlich befürwortete er die Einführung von Karenztagen: „Sie wären eine kleine vertretbare Hürde, um das Blaumachen zu erschweren.“ Reinhardt versprach, Warken trotz der Meinungsverschiedenheiten in Hannover „respektvoll und höflich“ zu empfangen. Man könne die Ministerin „nicht für die miserable Lage verantwortlich machen, die sie vorgefunden hat“.

Unterdessen sprach sich die Ärztekammer Marburger Bund für strengere Regeln zur Abgabe von Spirituosen aus. Hochprozentige Getränke sollten ausschließlich in lizenzierten „Alkoholschops“ angeboten werden, hieß es. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.) *itz.*

## Kann ein Museum ein Mahnmal sein?

Mit einer Ausstellung feiert Berlin den 80. Geburtstag des Architekten Daniel Libeskind – und sein Jüdisches Museum. **Feuilleton, Seite 11**

## In der Wirklichkeit

Die Hoffnungsträgerin der türkischen Opposition bekommt die Repressionen der Regierung zu spüren. **Politik, Seite 3**

## Die bösen Deutschen

Tschechische Polemik gegen die Sudetendeutschen kopiert stalinistische Parolen. Ein Gastbeitrag von Jaroslav Rudiš. **Feuilleton, Seite 9**

## NASA-Technik in China

Nickel-Wasserstoff-Batterien waren lange zu teuer für die Erde. Ein Start-up baut jetzt eine Fabrik auf. **Wirtschaft, Seite 20**

## Sieg inmitten des Leids

Der FC Barcelona gewinnt vorzeitig den Meistertitel. Vor dem Triumph erleidet Hansi Flick einen Schicksalsschlag. **Sport, Seite 28**

## Korn aufs Korn nehmen

Der Landwirt will Ertrag, muss aber am teuren Dünger sparen. Der soll künftig punktgenua auf den Acker kommen. **Technik und Motor, Seite 11**

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

## Trump empört über Antwort aus Teheran

Die Verhandlungen zur Beendigung des Kriegs zwischen den Vereinigten Staaten und Iran stagnieren. Amerikas Präsident Donald Trump bezeichnete die jüngste Antwort Irans auf den amerikanischen Vorschlag als „völlig inakzeptabel“ und drohte Teheran. Er ließ offen, ob er die Verhandlungen fortsetzen will. Iran zeigte sich unbeeindruckt und stellte seinerseits Forderungen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu will den Krieg nach eigenen Angaben so lange fortführen, bis wichtige Fragen zum iranischen Atomprogramm geklärt sind. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.) *F.A.Z.*

## Jugendlicher soll Anschlag geplant haben

Ein 17 Jahre alter Syrer ist wegen der mutmaßlichen Vorbereitung eines Bombenanschlags in Hamburg am Donnerstag festgenommen worden. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft Hamburg am Montag mit. Der Jugendliche habe für seine Attacke Ziele wie ein Einkaufszentrum oder eine Polizeiwache anvisiert. Zu dem Anschlagplan inspiriert wurde er den derzeitigen Erkenntnissen nach durch die Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat“. Bei einer Durchsuchung wurden bei ihm laut Ermittlern Universaldünger, flüssiger Grillanzünder, ein Messer und eine Sturmhäube gefunden. *F.A.Z.*

## DGB droht Regierung mit „Großkonflikt“

BERLIN. Die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Yasmin Fahimi, hat der Bundesregierung mit einem „Großkonflikt“ gegen die geplante Rentenreform gedroht. „Ich kann die Politik nur warnen“, sagte sie am Montag auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin. Der DGB sei „mobilisierungsbereit, einen Rentenklau abzuwehren“. Zuvor hatten die rund 400 Delegierten Fahimi mit 96 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Für diesen Dienstag wird Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf dem Kongress erwartet. (Siehe Wirtschaft, Seite 15; Kommentar Seite 8.) *dc.*

## Vier Passagiere nach Deutschland gebracht

MADRID. Vier der vom Hantavirus-Ausbruch auf einem Schiff betroffenen deutschen Passagiere stammen dem Bundesgesundheitsministerium zufolge aus Berlin, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. Keiner habe bisher Symptome. Die Passagiere sollten im Tagesverlauf vom Uniklinikum Frankfurt aus in die Bundesländer gebracht werden. Ein weiterer deutscher Passagier war nach Großbritannien geflogen worden. Der Deutsche lebe in Großbritannien. Zu erwarten sei, dass sie an ihren Wohnorten in häusliche Quarantäne kommen, teilte das Ministerium mit. (Siehe Deutschland und die Welt.) *hcr.*

## Wir brauchen diese Raketen

Von Berthold Kohler

Die Rücknahme der amerikanischen Zusätze, konventionell bewaffnete Mittelstreckenraketen in Deutschland aber ihre Fähigkeiten bei den weitreichenden Raketen-Systemen so schnell wie möglich schließen müssen, steht außer Frage. Die Ukrainer führen mit ihren Eigenentwicklungen vor, wie man die russische Kriegsmaschine mit Schlägen gegen Ziele im Hinterland ins Stottern bringt. Über solche militärischen Fähigkeiten müssen auch die europäischen NATO-Staaten verfügen, um Putin von einer Aggression gegen das Bündnisgebiet abzuschrecken – und um ihn am Vormarsch zu stoppen, wenn er dennoch eine Aggression wagen sollte, auch weil Trump ihm dafür einen Freibrief nach dem anderen ausstellt. Der Kreml hat schon seit vielen Jahren konventionell wie nuklear bestückbare Raketen in Königsberg stationiert, die Berlin und Warschau in Minuten erreichen können. Das darf nicht länger mit einer Vogel-Strauß-Politik beantwortet werden, die man in diesem Zusammenhang auch Stegner-Mützenich-Politik nennen könnte.

Daher sollte man in Berlin auch nicht ausschließlich darauf setzen, die in Rede stehenden Marschflugkörper in Amerika kaufen zu dürfen, um sie in Eigenregie aufzustellen. Außerdem gibt es bei den Tomahawks wie bei den Patriots objektive Lieferprobleme. Im Krieg gegen Iran wurde schon viel verpulvert, weswegen die Ameri-

kaner erst einmal wieder ihr Arsenal auffüllen wollen.

Das die Europäer und an ihrer Spitze Deutschland aber ihre Fähigkeiten bei den weitreichenden Raketen-Systemen so schnell wie möglich schließen müssen, steht außer Frage. Die Ukrainer führen mit ihren Eigenentwicklungen vor, wie man die russische Kriegsmaschine mit Schlägen gegen Ziele im Hinterland ins Stottern bringt. Über solche militärischen Fähigkeiten müssen auch die europäischen NATO-Staaten verfügen, um Putin von einer Aggression gegen das Bündnisgebiet abzuschrecken – und um ihn am Vormarsch zu stoppen, wenn er dennoch eine Aggression wagen sollte, auch weil Trump ihm dafür einen Freibrief nach dem anderen ausstellt. Der Kreml hat schon seit vielen Jahren konventionell wie nuklear bestückbare Raketen in Königsberg stationiert, die Berlin und Warschau in Minuten erreichen können. Das darf nicht länger mit einer Vogel-Strauß-Politik beantwortet werden, die man in diesem Zusammenhang auch Stegner-Mützenich-Politik nennen könnte.

## Am Rand gegenüber lächelt Farage

Von Johannes Leithäuser

Mit anspruchsvollen Worten hat Keir Starmer am Montag angekündigt, seine Regierung werde Großbritannien zurück ins „Herz Europas“ führen. Das war seine Reaktion auf die Wahlergebnisse in England, Wales und Schottland in der vergangenen Woche. Tatsächlich zeigen die Resultate in den Kommunen und Regionen, dass sich der Brexit noch immer – oder sogar immer stärker – als tiefer Graben durch die britische politische Landschaft zieht. Ein Jahrzehnt nach der Volksabstimmung, in denen die Austrittseifrigen knapp über die Mitgliedschaftsverteidiger siegten, ordnet sich die Parteienpräferenz der britischen Wähler zunehmend entlang dieser Frage, die im Grunde ja eine Vertrauensfrage in die Wirksamkeit politischer Systeme überhaupt ist.

Die in Westminster regierende Labour-Partei Starmers verlor im Norden Englands und im Süden von Wales scharenweise Kommunal- und Landtagsmandate an Nigel Farages Reform UK. Das sind genau jene verarmten Industriegebieten, die zwar einst klassische Labour-Milieus darstellten, die aber zugleich mit hohen Mehrheiten für den EU-Austritt stimmten. Dass Starmer diese angestammten Wähler nicht mehr an seine Partei binden konnte, hat unter vielen Gründen auch jenen, dass Labour zwar den EU-Austritt als schweren wirtschaftlichen Fehler identifiziert hat, sich aber trotzdem bloß mit halbem Willen Europa zuwendet. Es fühlt sich an die roten Linien gebunden, die Starmer einst aus Rücksicht auf seine EU-skeptische Wählerklientel zog. Seine Ansage vom Montag ändert daran zunächst nichts.

Die ungedulden Unzufriedenen im walisischen Wrexham und im nordenglischen Sunderland haben Labour zwar augenscheinlich deswegen bestraft, weil Starmer bislang ebenso wenig wie seine fünf konservativen Vorgänger die politischen Versprechen auf besseren Lebensstandard und größeres Zukunftsvertrauen hat einlösen können. Aber dahinter steht doch der mangelnde Handlungsmut und Handlungsspielraum einer Regierung, die ihren Kreditrahmen ausgeschöpft hat, die zu energischen Sozialreformen nicht in der Lage ist und die mit jeweils einem Bein auf beiden Seiten des EU-Grabens steht.

Es liegt eine Ironie darin, dass sich die vom politischen Establishment enttäuschten Wähler ausgerechnet jener politischen Kraft zuwenden, die durch ihre erfolgreiche Brexit-Kampagne die Verantwortung für das Handicap trägt, das auf wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlergehen im Vereinigten Königreich liegt. Der Rechtspopulist Farage kann sogar ungestraft neue Luftschlösser bauen, etwa die Wie-

derbelegung stillgelegter englischer Kohlezechen oder walisischer Stahlwerke in Aussicht stellen, Steuererleichterungen ankündigen und wieder abmelden, ohne dass das seine Anhängerschaft deutlich irritiert.

Und während die Reform-Partei die zukunftsangenen Nostalgiker aus dem Labour-Lager zu sich lockt, werben die Grünen um die Klientel mit (muslimischem) Migrationshintergrund, denen Starmers Partei nicht internationalistisch und palästinensolidarisch genug ist. Überdies sind da noch die Liberaldemokraten, die als Einzige mit beiden Beinen auf der europafreundlichen Seite des politischen Grabens stehen und Labour mit diesem unzweideutigen Bekenntnis Konkurrenz zu machen versuchen.

Starmer vermag es nicht, seine Labour-Partei klar auf einer Seite des Brexit-Grabens zu positionieren.

Den Konservativen bescheren die Wahlergebnisse nicht weniger Grund zur Sorge. Dass sie als Opposition nicht von den Labour-Verlusten profitieren konnten, sondern ebenfalls drastisch viele Mandate verloren, gibt einen Hinweis darauf, dass der britische Zweiparteienmechanismus kaputt ist. Das Mehrheitswahlrecht wird künftig, bei einer Konkurrenz von vier oder fünf ziemlich ebenbürtigen Kräften, dazu führen, dass sich Wahlkreise mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent gewinnen lassen. Mehrheitsbildungen können stärker von Zufällen, Absprachen und Manipulationen abhängen. Die Koalitionsbildungen, über die das politische Westminster traditionell die Nase rümpft, müssten demnächst also nicht nach den Wahlen, sondern vorher stattfinden. Das wären keine inhaltlichen Verträge, sondern zunächst Personalabsprachen, taktische Wahlkreisbündnisse. Gegenseitig wird Kandidatenverzicht erklärt werden, um auf diese Weise die Wahrscheinlichkeiten zu erhöhen, dass bestimmte Bewerber jeweils Wahlkreismehrheiten für sich sichern können.

Die durch Polarisierung zwischen isolationistischem Populismus und kooperativem Pragmatismus birgt eine weitere akute Existenzgefahr für die Konservativen. Einst standen sie mit je einem Bein auf beiden Seiten; das machte den Abschied von der EU so quälend. Jetzt drohen sie entweder in die Spalte zu fallen oder dem Impuls nachzugeben, sich auf eine Seite, die Austrittsseite, zu retten. Die zurückbleibenden Pragmatisten werden bei den Liberaldemokraten Aufnahme finden. Am rechtspopulistischen Rand des Grabens aber wartet Farage.



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de  
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs